

Frage 1 der IKHB:

Die Wertschöpfungskette Bau insgesamt ist unbestritten einer der größten Umweltbeansprucher. CO2-Ausstoß und Abfallproduktion verhalten sich überdurchschnittlich zur Wertschöpfung. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Klimabilanz des Bauens werden Sie ergreifen?

SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP
<p>Ebenso wie eine soziale Wohn- und Mietenpolitik gehört auch das ökologische Bauen zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Auch hier möchten wir unsere Städte zu Vorreitern weiterentwickeln. Ökologisches Bauen bedeutet für uns den verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt, den bewussten Einsatz vorhandener Ressourcen und die Verringerung des Energieverbrauchs. Die Umsetzung der Klimaschutzstrategie für das Land Bremen werden wir auch im Bau- und Gebäudesektor verfolgen. Wir wollen die energetische Sanierung des Gebäudebestands vorantreiben und den Einsatz von klimaneutraler Haustechnik wie Wärmepumpen und Fotovoltaik-Modulen ebenso erleichtern wie die ganzheitliche energetische Sanierung von Gebäudehüllen (z. B. Wärmedämmung oder Austausch von Fenstern).</p>	<p>Wir wollen das Bauen mit Holz und die Verwendung von Recyclingmaterial stärker voranbringen. Das Kriterium der Leistung von Baumaterialien ist für uns ebenso wichtig wie die Klimabilanz der Rohstoffe. Die Bauwirtschaft soll zu einer Kreislaufwirtschaft werden, die auf mehr heimischen Baustoffen - wie zum Beispiel Sand, Gips und Holz - basiert und Recyclingmaterial in Bauteilen nutzt. Das hilft dem Klimaschutz und macht uns unabhängiger von Importen aus dem Ausland. Nicht zu vernachlässigen im Bereich Wohnungsbau, ist der effiziente Umgang mit Wohnbauflächen. Ein flächenschonendes Potential bietet die Aufstockung von Wohnungen auf bereits vorhandenen Gebäuden. Diverse Studien bescheinigen Bremen ein hohes Potential hierfür. Oftmals scheitern Aufstockungen aber an den rechtskräftigen Bebauungsplänen. Stufenweise muss in den nächsten Jahren jeder Bebauungsplan systematisch auf Wohnraumerweiterungspotentiale an Bestandsgebäuden überprüft und wenn nötig geändert werden.</p>	<p>Generell gilt für uns das Motto „Umbau vor Neubau“. Dort, wo Neubauprojekte geplant werden, haben wir mit dem Bremer Standard einen zukunftsweisenden Kriterienkatalog definiert, der u.a. einen sparsamen Umgang mit Flächen, Mobilitätsmanagement, Begrünung, CO2-reduzierte Bauweise, Wärme aus erneuerbaren Quellen und hohe energetische Niveaus beinhaltet. Für die eingesetzte graue Energie, die in den Baustoffen steckt, schaffen wir zukünftig eine verbindliche Obergrenze, überlassen es aber den Bauenden, ob sie diese durch Holzbau, Einsatz von Recyclingmaterial oder eine Leichtbauweise mit deutlich weniger Beton erreichen. Für den Wandel der besonders ressourcenintensiven Bauwirtschaft möchten wir den „Runden Tisch Ressourceneffizienz“ fortsetzen und Maßnahmen zur verstärkten Nutzung von Recyclingbaustoffen ergreifen. Siehe auch Antwort auf Frage 4.</p>	<p>Die Baubranche ist ein großer Verursacher von CO2, auch in Bremen muss hier stark nachgesteuert werden. Zum einen müssen die Sanierungsquote und die Sanierungstiefe im Bestand dringend erhöht werden. Hierfür wurde Geld im Nachtragshaushalt sichergestellt, womit die landeseignen Immobilien klimaneutral saniert werden können. Zusätzlich wollen wir zielgruppengenaue Förderprogramme für die energetische Sanierung einrichten, sowohl für einkommensschwache Eigenheimbesitzer*innen als auch für den Bestand an Geschosswohnungen. Wo neues Baurecht geschaffen wird, soll der „Bremer Standard“ Vorgaben machen, die Graue Energie einbeziehen und auch den Gebäudeerhalt gegen den Neubau abwägen. Außerdem brauchen wir gerade beim Bau eine echte Kreislaufwirtschaft, damit weniger Ressourcen verbraucht und Ressourcen wieder verwendet werden können. Die Infrastruktur hierfür muss ausgebaut werden (Stichwort Bauteilebörse) und die Forschung hierzu intensiviert werden.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen alle Sektoren – auch den Bausektor - in den EU-Emissionshandel aufnehmen, um den CO2 – Ausstoß zu deckeln. Hierbei stehen wir für die Betrachtung des gesamten Lebenszyklus eines Bauwerks. Wenn Materialien eingesetzt werden, die zwar bei der Herstellung mehr CO2 – ausstoßen als andere, jedoch länger halten und dadurch letztendlich in der Gesamtbilanz CO2 – Ärmer sind, sollten diese nicht verboten werden. Wir wollen den Weg in die Klimaneutralität technologieoffen beschreiten.</p>

Frage 2 der IKHB:

Das Recycling von Baumaterialien aus dem Rückbau von Bauwerken muss gestärkt bzw. ermöglicht, Downcycling und Deponieren verhindert werden. Wie werden Sie die Forschung und den geltenden Rechtsrahmen zumindest bei der öffentlichen Beschaffung dazu anwenden bzw. weiterentwickeln?

SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP
<p>Für uns spielt die Frage eines schonenden Umgangs mit Ressourcen eine wichtige Rolle. Wir wollen Bremen und Bremerhaven zu „Circular Cities“ umbauen und zu Leuchttürmen der Ressourceneffizienz machen – kommunal, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Der Einsatz von natürlichen Ressourcen hat sich in den letzten Jahren vervielfacht. In der Bauwirtschaft gewinnen Stoffkreisläufe im besonderen Maße an Bedeutung. Wir sprechen uns deshalb für die Verwendung von Baumaterialien aus, die im Falle eines Rückbaus leicht getrennt und wiederverwendet werden können. Besonderes Potenzial sehen wir im Holzbau. Dieser setzt auf einen nachwachsenden Naturbaustoff und kann gleichzeitig als CO2-Senke gegen den Klimawandel wirken. In Norddeutschland ist Holzbau aber noch nicht verankert. Wir wollen aufbauend auf dem Vorbildprojekt „Ellener Hof“ weitere Pionierprojekte bei öffentlichen wie privaten Vorhaben verwirklichen, um Holzbau zum Durchbruch zu verhelfen. Die Forschung zu und Entwicklung von alternativen Materialien wie Zellulose, Hanf oder Seegrass wollen wir fördern.</p>	<p>Wir setzen uns gleichermaßen für einen Einsatz von nachhaltig abgebauten Rohstoffen, die möglichst lange genutzt werden können, wie für die Rückbaubarkeit und Wiederverwertbarkeit eingesetzter Baumaterialien ein. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag für den Ressourcen- und Klimaschutz. Wir setzen uns dafür ein, dass Doppelregulierungen und Inkonsistenzen, die Stoffkreisläufen entgegenstehen, abgebaut und vermieden werden. Wir unterstützen die Baubranche bei ihren Bestrebungen zu mehr Ressourceneffizienz. Fertighäuser im modularen Baustil können beispielsweise ein Mittel sein, Individualität und Ressourceneffizienz gleichermaßen zu verbinden. Mit seinen zahlreichen wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen in den Bereichen Materialwissenschaften und 3DDruck/ additive Fertigung kann das Land Bremen einen erheblichen Beitrag zur Entwicklung von neuen Materialien, Technologien und Produktionsprozessen für den Aufbau einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft leisten. Die Prinzipien des zirkulären Wirtschaftens und der Ökoeffektivität wollen wir in den öffentlichen Beschaffungsrichtlinien nach dem Vorbild der Stadt Ludwigsburg stärker verankern.</p>	<p>Wir haben klimafreundliche Standards für den Neubau entwickelt. Alle Neubauten müssen als Plus-Energie-Häuser gebaut werden. Ab jetzt wird kein Haus mehr ohne die aktuell höchsten energetischen Standards, erneuerbare Energien und Klimaanpassungsmaßnahmen gebaut. Wir wollen den Standard noch weiterentwickeln, sodass weniger energieintensiver Beton und Stahl eingesetzt wird. Der „Cradle to Cradle“-Ansatz zielt darauf, das Kreislaufprinzip schon von Anfang an im wirtschaftlichen Handeln konsequent umzusetzen, um sich dem Ideal geschlossener Stoffströme anzunähern. In Kooperation mit Unternehmen und Forschungseinrichtungen sollen entsprechende Projekte angestoßen werden. Wir haben dafür gesorgt, dass Bremen beim öffentlichen Einkauf und bei der Vergabe von Aufträgen Umweltkriterien und Sozialverantwortlichkeit berücksichtigt. Zukünftig wollen wir noch stärker die Lebenszykluskosten eines Produkts einbeziehen. Die notwendigen Kontrollen wollen wir entlang der gesamten Lieferkette verstärken.</p>	<p>Wir werden einen Masterplan „Kreislaufwirtschaft – Reparierbarkeit – Entsorgung“ erarbeiten, der Innovationsorientierung, Beschäftigungswachstum und Klimaziele zusammenbringt. Dafür wollen wir gezielte Studien in Auftrag geben. Der „Bremer Standard“ soll weiterentwickelt und verbindlicher Leitfaden für städtebauliche Verträge werden. Wir wollen Initiativen aus der Baubranche und der Forschung unterstützen, wichtige Beispiele hierfür sind der „Bremer Ressourceneffizienz-Tisch für das Bauwesen“ oder „Technologiezentrum zur nachhaltigen Nutzung urbaner Ressourcen“. Bei öffentlichen Aufträgen sollen der Bremer Standard und die Energiebilanz zugrunde gelegt werden. Das Vergaberecht wollen wir so anpassen, dass private Unternehmen entsprechend ihrer Kompetenz, Verlässlichkeit und Kooperationsbereitschaft eingebunden werden, d.h. dass diese Kriterien in die Bewertung der Angebote eingehen.</p>	<p>Wir Freie Demokraten stehen für Technologieoffenheit. Daher unterstützen wir die Forschung hinsichtl. des Recyclings von Baumaterial und sind bereit, den Rechtsrahmen entsprechend weiterzuentwickeln.</p>

Frage 3 der IKHB:

Der Sanierungsstau an Bremer Schulen und Kitas wurde kürzlich mit rund 700 Mio. € beziffert, auch andere öffentliche Infrastruktur hat Nachholbedarf. Wie wollen Sie erreichen, dass der Stau abgebaut wird und eine kontinuierliche Bauwerksunterhaltung über den gesamten Lebenszyklus stattfindet?

SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP
<p>Der Abbau des Investitionsstaus sowie die Instandhaltung bestehender Infrastruktur spielt für die SPD eine übergeordnete Rolle. Den beschriebenen Herausforderungen wollen wir mit schnelleren Planungsverfahren, mehr Fachkräften und einer zuverlässig funktionierenden digitalen Infrastruktur entgegenwirken. Mit einem jährlichen Gebäudesanierungsprogramm werden wir dem erheblichen Sanierungsbedarf an öffentlichen Gebäuden begegnen und den Werterhalt der Immobilien einschließlich erforderlicher Klimaschutzmaßnahmen sichern. Von dem Budget stellen wir rund 70 % für die Sanierung von Schul- und Kitabauten zur Verfügung. Neben Haushaltszuweisungen, u.a. für unsere Schulausbauprogramme, werden wir darüber hinaus alle Finanzierungsinstrumente sowie EU- und auch Bundesmittel nutzen, um die notwendigen Neubauten sowie die Sanierung von Schulen und Kitas zügig umzusetzen. Eine deutliche Beschleunigung der energetischen Sanierung nehmen wir uns schließlich im Rahmen der Klimaschutzstrategie 2038 vor. Von den 2,5 Milliarden bis 2027 stehen 1,1 Milliarden für energetische Sanierungen zur Verfügung.</p>	<p>Wir brauchen ambitionierte energetische Standards, damit wir die Klimaschutzziele für das Land Bremen tatsächlich erreichen können. Dabei müssen wir, insbesondere für öffentliche Gebäude über gesetzliche Mindestanforderungen hinausgehen. Hierzu wollen wir einen Sanierungsfahrplan erstellen. Neben finanziellen Spielräumen erfordert der konsequente Abbau des Sanierungsstaus erhebliche personelle Ressourcen für Planung und Umsetzung der Maßnahmen. Es werden zusätzliche Fachkräfte benötigt, um im Bereich der laufenden Gebäudesanierungen und des Baus neuer, effizienter Gebäude die Klimaschutzziele zu erreichen. Dazu werden wir eine Fachkräfteoffensive für Bremen auf den Weg bringen.</p> <p>Wir wollen die Aufgabe des strategischen Immobilienmanagements komplett in einem Senatsressort bzw. in einer Behörde zusammenführen und nach einer detaillierten Bestandsaufnahme und der Erstellung einer mittelfristigen Bedarfsplanung klare Schwerpunkte beim Gebäudemanagement setzen.</p>	<p>Bremen hat in den letzten Jahren deutlich mehr in den Schul- und Kindergartenbau investiert. Dieses Engagement wollen wir fortsetzen und die Planungen weiter verbessern, um benötigte Kapazitäten frühzeitig bereitzustellen. Der Ausbau von Schulen und Kitas soll künftig auf Basis von Bedarfsstatistiken stärker aufeinander abgestimmt werden.</p>	<p>Mit dem Klimafonds ist eine Finanzierungsgrundlage für die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude geschaffen, die eine umfassende Sanierung von Schulen und Kitas mit einschließt. Für die Fastlane Gebäudesanierung sind im Klimafonds 1,1 Mrd. Euro bis 2027 vorgesehen. Das Problem verschiebt sich damit zur Frage, wie die bestehenden Engpässe bei der Verfügbarkeit von Planungs- und Bauleistungen überwunden werden. Der geplante Aus- und Weiterbildungscampus für klimarelevante Berufe wird ebenso einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten, wie der Ausbildungsunterstützungsfonds. Wir wollen die Möglichkeit ausbauen, im öffentlichen Bereich Zuschläge in Mangelberufen zu nutzen. Planungsleistungen werden bereits jetzt verstärkt fremdvergeben. Die wichtigen Weserbrücken haben aktuell eine Restnutzungsdauer von lediglich 20 Jahren. Hier setzen wir uns dafür ein, dass die weitere Perspektive schleunigst geklärt und die verschiedenen Optionen abgewogen werden.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen den Sanierungsstau an den Bremer und Bremerhavener Schulen innerhalb von zehn Jahren systematisch abbauen. In diesem Zusammenhang stehen wir fest zur Schuldenbremse. Zum Vergleich: Die Tilgung für vergangene Schulden beläuft sich auf 1,257 Mrd. € pro Haushaltsjahr, die Zinszahlungen für vergangene Schulden belaufen sich auf 550 Mio. €. Mit einem Teil hier von könnte man bereits einen Großteil des Sanierungsstaus begleichen. Damit es in Zukunft nicht wieder zu so einer Situation kommt, stehen wir Freie Demokraten für ein nachhaltiges Gebäudemanagement. Hierbei müssen die Kosten im Lebenszyklus eines Bauwerks einsparen und optimieren. Die Optimierungsprozesse sollen bereits bei der Planung von Neubauten in wirtschaftlicher und klimapolitischer Sicht mit einfließen.</p>

Frage 4 der IKHB:

Die öffentliche Hand hat im Rahmen ihres Handelns eine bedeutende Vorbildfunktion für den privaten und gewerblichen Sektor. Wann und wie werden Sie die Fastlane für die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude eröffnen?

SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP
<p>Die SPD sieht eine weitreichende Vorbildfunktion für das Land Bremen in puncto Klimaschutz. Bezüglich der Liegenschaften des Landes und der Stadtgemeinden verfolgen wir die Maßgabe, so schnell wie möglich ein hohes Sanierungsniveau zu erreichen. Im Rahmen der Klimaschutzstrategie 2038 wurde deshalb eine Sanierungsprogramm "Klimaneutral bis 2035" aufgelegt. Dies beinhaltet die Sanierung auf ein "Effizienzhaus-40-Niveau". Darüber hinaus beinhaltet es den Anschluss an die Fernwärmeversorgung und Wärmepumpen und die Installation von Fotovoltaikanlagen auf Dächern. Sogenannte Worst-Performing-Buildings, also Gebäude, die den größten Sanierungsbedarf haben, werden priorisiert behandelt. Durch den Nachtragshaushalt 2023 wurden bereits 102 Millionen Euro der Fastlane für 2023 zur energetischen Gebäudesanierung bewilligt. Insgesamt wurden in die Fastlane für die Zeit bis 2027 1,1 Milliarden Euro beschlossen, die nach und nach in die Haushalte eingestellt werden.</p>	<p>Die energetische Sanierung birgt insgesamt ein sehr großes Einsparungspotential für öffentliche Gebäude wie Schulen, Schwimmbäder, Verwaltungsgebäude oder Kitas. Durch u.a. moderne Heizungspumpen, Beleuchtungssysteme oder verstärkte Dämmung lassen sich bis zu 80 Prozent Energie einsparen. Moderne Beleuchtungssysteme können dazu beitragen, dass bis zu 75 Prozent der Stromkosten eingespart werden. Die energetische Sanierung muss ambitionierter als bisher erfolgen, damit die öffentliche Hand zu einem wirksamen Schutz gegen den Klimawandel beiträgt und seiner Vorbildfunktion nachkommt. Wir werden schnellstmöglich einen Sanierungsfahrplan und ein Sanierungsprogramm erstellen, damit der öffentliche Gebäudebestand bis spätestens 2035 klimaneutral ist. Für uns ist Public-Private-Partnership dabei sowohl in der Ausgestaltung als auch der Finanzierung ein wichtiger und ermöglichender Weg. Der von der aktuellen Regierungskoalition eingeschlagenen Finanzierungsweg über eine Ausnahmeregelung von der Schuldenbremse ist demgegenüber juristisch hoch risikobehaftet.</p>	<p>Im Rahmen der Klimaschutzziele hat Bremen für die öffentlichen Gebäude das Sanierungsprogramm „Klimaneutral bis 2035“ beschlossen. Dieses konzentriert sich auf die energetische Sanierung auf ein Effizienzhaus-40-Niveau, erneuerbare Wärmeversorgung und die Installation von Photovoltaikanlagen. Wir werden die Ausgestaltung und Umsetzung des Programms eng begleiten.</p>	<p>Die Gelder für die Umsetzung der Fastlane Energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestands sind im Nachtragshaushalt beschlossen, daher favorisieren wir eine schnelle Umsetzung. Allerdings hängt die Umsetzung dieser Fastlanemaßnahmen von verschiedenen Stellschrauben, wie Rechtsnormen und Richtlinien auf Bundes- und EU-Ebene, Fachkräftegewinnung und Vorhandensein baulicher Ressourcen ab. Für die Fachkräftegewinnung ist die Weiterentwicklung unserer Fachkräftestrategie 2023 des Landes ein wichtiger Baustein. Der Aufbau des Campus für Aus- und Weiterbildung für Transformation und Innovation im Bereich Klimaschutz ist ebenfalls im Klimafonds finanziell unterlegt, der mit dem Nachtragshaushalt beschlossen wird.</p>	<p>Wir Freie Demokraten sind ebenfalls der Überzeugung, dass die öffentliche Hand mit gutem Beispiel voran gehen muss. Hierbei wollen wir öffentliche Gelder dort investieren, wo sie am meisten bringen. Daher wollen wir die Gebäude mit der schlechtesten Energieklasse zuerst sanieren und das so schnell, wie möglich.</p>

Frage 5 der IKHB:

Förderprogramme bilden den Anreiz und oft genug überhaupt erst die Initialzündung für eine auch wirtschaftlich sinnvolle, energetische Sanierung von Gebäuden. Welche Förderprogramme/Fördermechanismen für energetische Sanierung wollen Sie auf Landesebene umsetzen?

SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP
<p>Die SPD sieht eine große Hebelwirkung bei Förderprogrammen, die die energetische Sanierung von Gebäuden initiieren sollen. Das Wärmenetz wird mit ca. 70 Millionen € von der Freien Hansestadt Bremen gefördert. Ergänzend zu den KfW-Krediten werden wir Förderungen für die kommunale Wärmeplanung, den Wärmeleitungsausbau, für das Landeswärmegesetz sowie ein flankierendes Förderprogramm für Kreditzuschüsse für kreditfinanzierte energetische Sanierungsmaßnahmen privater Haushalte bereitstellen.</p>	<p>Über ein Förderprogramm wollen wir allen Familien, die in den Jahren 2024 und 2025 neu bauen oder ein sanierungsbedürftiges Bestandsgebäude erwerben, die Grunderwerbsteuer erlassen. Denn die Grunderwerbsteuer lässt bei vielen kaum noch etwas vom Eigenkapital über. Für das selbstgenutzte Eigentum werden wir einen Freibetrag bei der Grunderwerbssteuer für den Erwerb der Immobilie von 200.000 Euro pro Erwachsenen und 100.000 Euro pro Kind vorsehen. Wer die graue Energie im Bestandsbau nicht abreißt, sondern durch Modernisierungen erhält und klimafreundlich saniert, leistet einen erheblichen Anteil am Klimaschutz. Darüber hinaus sollen zusätzliche Kreditförderprogramme für ältere und einkommensschwache Gebäudeeigentümer und -eigentümerinnen im Land Bremen etabliert werden. Zudem rechnen wir mit erheblichen Förderprogrammen seitens der Europäischen Union im Rahmen der EU-Taxonomie, die wir auch in Bremen nutzen wollen. Außerdem unterstützen wir den Aufbau eines Klima-Bauzentrums in Bremen und Bremerhaven, in dem die Beratung zur energetischen Sanierung sowie zu erneuerbaren Energien in Gebäuden „aus einer Hand“ angeboten wird.</p>	<p>Um den Energieverbrauch beim Heizen zu senken, wollen wir private Sanierungen von Gewerbe- und Wohnimmobilien fördern und Gebäudeeigentümer*innen über Förderprogramme für Sanierungen und Photovoltaikanlagen unterstützen. Im Fokus stehen insbesondere Gebäude mit geringer Energieeffizienzklasse. Sanierungsstandard soll mindestens Effizienzhaus 55 und Holzbauweise sein. Um Sanierungen auch für ältere und bedürftige Gebäudeeigentümer*innen zu ermöglichen, werden wir über die Bremer Aufbaubank Sanierungskredite ermöglichen, die für bedürftige Senior*innen auf Lebenszeit tilgungsfrei sind. Sanierungen und die Installation von PV-Anlagen auf Gebäuden mit Denkmalschutz oder Erhaltungssatzung werden wir erleichtern. Aufstockungen und Dachausbauten im Zuge der Sanierung wollen wir stärker in den Blick nehmen. Wir unterstützen Initiativen in den Stadtteilen, die sich für den Klimaschutz einsetzen, Förderprogramme für Klimaschutz im Quartier werden wir verstetigen und ausweiten.</p>	<p>Das größte Sanierungspotenzial besteht im Bereich der Wohngebäude, da sie den Großteil der Gebäude in Bremen ausmachen, zudem haben wir mit 38 Prozent eine sehr hohe Eigentümerquote, wovon der überwiegende Teil der Eigentümer*innen schon älter ist. Gleichzeitig überwiegt der Wohngebäudeanteil mit Baualtersklassen von vor 1977 und ist damit oft sanierungsbedürftig. Wir wollen Förderprogramme auflegen für die Sanierung von selbstgenutztem Wohneigentum, die einerseits Zuschüsse für Eigentümer*innen mit wenig Vermögen vorsehen und andererseits auch für ältere Eigentümer*innen Sanierungskredite ermöglichen. Bei den Großwohnanlagen setzen wir uns für eine Sanierungsförderung für sozial orientierte Bestandhalter ein.</p>	<p>Immer neue Baustandards bei ständig steigenden Bau- und Materialkosten, immer mehr Nachrüst- und Wartungspflichten, sowie ständig steigende Steuern und Abgaben belasten insbesondere die vielen privaten Kleinvermieter, die auch in Bremen und Bremerhaven den größten Teil des Wohnungsbestandes finanziert haben. Zur schnellen Schaffung neuen Wohnraums und perspektivischen Senkung von Immobilienpreisen im Eigentums- und Mietsegment fordern wir, bestehende Baustandards zu hinterfragen, unnötige Vorschriften abzuschaffen und die einmaligen und laufenden Nebenkosten spürbar zu senken. So werden mehr Möglichkeiten für nachhaltigen Neubau oder nachhaltige Bestandssanierung geschaffen.</p>

Frage 6 der IKHB:

Fachkräftemangel ist ein wesentlicher Hemmschuh in der Umsetzung der Klimaneutralität. Wie wollen Sie den Hochschulstandort Bremen weiter attraktivieren und mehr hochqualifizierte Planende dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen?

SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP
<p>Für die Erreichung der Klimaziele sind gut qualifizierte Fachkräfte von hoher Bedeutung. Ohne stark verbesserte klimabezogene Ausbildung, Qualifizierung und Zuwanderung lassen sich die hohen Personalbedarfe von Wirtschaft und Industrie nicht decken. Wir wollen einen Aus- und Weiterbildungs-Campus für Transformation und Innovation im Bereich Klimaschutz errichten, der auch Raum für akademische Bildung bietet. Klimaschutz/-anpassung und Nachhaltigkeit werden an Bremens Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstituten in breitem Maße behandelt. Zahlreiche Studiengänge bieten direkten thematischen Bezug. Wir setzen auch künftig auf die Förderung herausragender Grundlagen- wie angewandter Forschung, auf die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und auf gute Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen, um exzellente Wissenschaftler:innen zu gewinnen und zu halten, und treten für verlässliche soziale Rahmenbedingungen wie bezahlbaren Wohnraum für Studierende ein, um den Hochschulstandort weiter zu attraktivieren.</p>	<p>Wir werden eine Fachkräfteoffensive für Bremen starten. Dazu zählen eine bessere Schulbildung und Berufsorientierung, bessere Übergänge in Ausbildung, Studium und Beruf und zielgenaue Weiterbildungs- und Qualifikationsangebote mit Klimaschutzrelevanz. Die Durchlässigkeit zwischen einer akademischen und betrieblichen Ausbildung wollen wir durch eine bessere gegenseitige Leistungsanrechnung und den Ausbau „hybrider“ Abschlüsse, wie z.B. dem Berufsaabitur und dem Dualen Studium, erhöhen. Wir möchten mehr internationale Studierende von einem Studium im Land Bremen überzeugen. Die Zusammenarbeit der Hochschulen untereinander, z.B. bei Promotionen, und in Richtung Wirtschaft wollen wir intensivieren. Mit einer Kampagne wollen wir zudem mehr ausländische Fachkräfte von Bremen und Bremerhaven überzeugen und dazu die strategische Kooperation mit ausländischen Arbeitsagenturen, Ländern und Regionen ausweiten. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse wollen wir vereinfachen und beschleunigen.</p>	<p>Im 6. Hochschulreformgesetz haben wir den Klimaschutz verankert. Dadurch werden in Bremen hochqualifizierte Planende benötigt. Deswegen setzen wir uns für gute Arbeitsbedingungen an den Hochschulen ein. Wir möchten dauerhafte Stellen für Daueraufgaben und eine nachhaltige Finanzierung schaffen. Dafür werden wir uns ebenfalls auf Bundesebene stark machen.</p>	<p>Ein attraktiver Hochschulstandort muss ausfinanziert werden. In den kommenden vier Jahren muss ein neuer Wissenschaftsplan vorgelegt werden. Mit diesem Plan sollen die Bremischen Hochschulen in der Grundfinanzierung mindestens zum Bundesdurchschnitt aufschließen, gleichzeitig muss die Ausrichtung der Hochschulentwicklung an den Bedarfen des Landes und den wichtigen Zukunftsfragen verstärkt werden. Der Wissenschaftsplan ist verbindlich in die mittelfristige Finanzplanung des Landes aufzunehmen. Außerdem muss der Zugang zu einem Hochschulabschluss erleichtert werden. Deswegen werden wir den Zugang ohne Abitur entbürokratisieren. Wo wir Zugangshürden wie einen Numerus Clausus (NC) nicht abschaffen können, setzen wir uns für alternative Zulassungskriterien – wie beispielsweise eine abgeschlossene Berufsausbildung – ein. Im NC-Verfahren müssen Bewerber*innen, die über den zweiten Bildungsweg kommen, wieder bevorzugt werden. Die (Teil-)Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen wollen wir verbessern.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen den Hochschulstandort wollen wir attraktiver machen, indem wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die unzureichende Grundfinanzierung der Hochschulen verbessern. Wir wollen die Hochschulen finanziell so auszustatten, dass sie Anschluss an den Durchschnitt im Bundesvergleich erlangen • Ausgründungen und den Technologietransfer stärker fördern • Die Hochschulautonomie fördern, bspw. indem wir den Hochschulen die volle Personalhoheit geben und ihnen die Möglichkeit geben und die Zivilklausel abschaffen <p>Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wollen wir außerdem gezielt Fachkräfte aus dem Ausland anwerben. Hierzu führen wir auf Bundesebene ein Einwanderungsgesetz mit Punktesystem nach kanadischem Vorbild ein. In der Bremer Verwaltung wollen wir Englisch als zweite Verwaltungssprache einführen.</p>

Frage 7 der IKHB:

Die Umsetzung der anstehenden Bauaufgaben (Umsetzung Klimaneutralität, Schaffung von Wohnraum) benötigt erhebliche Kapazitäten auf Behördenseite. Welche Potentiale sehen Sie in der Digitalisierung der Verwaltung und in der Fremdvergabe bestimmter Leistungen?

SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP
<p>Die SPD sieht im besonderen Maß Potentiale in der Digitalisierung der Verwaltung und setzt sich deshalb für die rasche Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) ein. Die digitale Umsetzung des Bauantragsverfahrens befindet sich derzeit in der Umsetzung und wird die Bauantragsverfahren, die für die Umsetzung der Klimaneutralität und die Schaffung neuen Wohnraums essenziell sind, wesentlich beschleunigen. Diese Maßnahmen sollten aus unserer Sicht mit einer verbesserten Kommunikations- und Kooperationsstrukturen bei der Antragsvorbereitung flankiert werden, um unvollständige und fehlerhafte Bauanträge zu vermeiden.</p>	<p>Die digitale Transformation von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft bietet enorme Chancen. Dazu gehören im Bereich Wohnungsbau einfache, digitale Bauantrags- und Baugenehmigungsverfahren wie die elektronische Bauakte. Wir wollen, dass die Kommunikation zwischen Baubehörde und Bauherren ausschließlich über eine digitale Plattform (ein virtuelles Bauamt) läuft, dort soll es zu jedem Bauprojekt einen digitalen Projektraum mit angepassten Zugriffsrechten geben, der von allen Beteiligten (Antragssteller, Entwurfsverfasser, Träger öffentlicher Belange, Fachbehörden etc.) für den notwendigen Informations- und Datenaustausch genutzt werden kann. Wir werden prüfen, ob und welche öffentlichen Aufgaben vergeben werden können, damit u.a. unser Wohnungsbau und Klimaschutzziel erreicht werden kann.</p>	<p>Den digitalen Wandel unserer Gesellschaft wollen wir weiter dazu nutzen, die Verwaltung noch bürger*innenfreundlicher zu gestalten. Dazu werden wir Verwaltungsprozesse und -verfahren optimieren und diese digitaler gestalten. Von Vorhaben, wie z. B. dem digitalen Baugenehmigungsverfahren, erhoffen wir uns eine schnellere und effizientere Bearbeitung der Bauanträge. Das Gesetz zur Gewährleistung der digitalen Souveränität der Freien Hansestadt Bremen schließt Fremdvergaben für IT-Projekte in diesem Zusammenhang im Land aus. Aufgaben der Stadtplanung bzw. Baugenehmigungsverfahrensschritte werden bereits in hohem Umfang an externe Büros vergeben.</p>	<p>Die Digitalisierung der Bauverwaltung muss ohne Frage beschleunigt werden. Wir setzen uns dafür ein, kritisch zu überprüfen, ob verstärkt auch die Entwicklung eigener Softwarelösungen jenseits des gemeinsamen Länderverbands notwendig ist und dafür entsprechende Projekte aufgesetzt werden müssen. Die Fremdvergabe von Leistungen ist ein wichtiges Element, setzt aber immer den parallelen Aufbau eigener Kompetenzen auf Behördenseite voraus. Wir befürworten das Projekt eines Planungsmittelfonds, aus dem unterschiedlichen Ressorts besonders wichtige Planungsmittel zentral zur Verfügung gestellt werden, um mehr planungsreife Projekte zu entwickeln, mit denen schnell auf neue EU- oder Bundesförderungen reagiert werden kann.</p>	<p>Für uns Freie Demokraten ist die Digitalisierung der entscheidende Baustein, um Prozesse in Behörden zu beschleunigen. Auch vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels müssen digitale Lösungen dazu genutzt werden, die Arbeit in der Verwaltung effizienter zu gestalten. Bspw. wollen wir einen digitalen Bauantrag einführen. Die Fremdvergabe öffentlicher Leistungen ist für uns Freie Demokraten ebenfalls ein wichtiger Baustein, sofern funktionierende private Anbieter diese Aufgaben gut wahrnehmen. In der Vergangenheit haben Re-Kommunalisierungen und Vergesellschaftungen häufig dazu geführt, dass es zu Nachteilen und höheren Kosten für die Bürgerinnen und Bürger kam, wie etwa zuletzt bei der Bremer Stadtreinigung.</p>

Frage 8 der IKHB:

Die Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans ist abgeschlossen, noch bevor eine deutliche Anzahl an Maßnahmen aus dem VEP von 2014 umgesetzt wurde. Welche Umsetzungsstrategie, welche Umsetzungsziele und welche Prioritäten verfolgen Sie?

SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP
<p>Die SPD setzt sich für "Mobilität für Alle" ein. Diese sollte bezahlbar, klimafreundlich, barrierefrei, digital und intermodal vernetzt sein. Dabei stellt der schrittweise Ausbau der Taktung und des Angebots (Angebotsoffensive) sowie die Fahrscheinfreiheit für Bremer:innen ein zentrales Element unserer Forderungen dar. Überdies sprechen wir uns für die zügige Errichtung von E-Ladeinfrastruktur und Quartiersgaragen aus, um die Transformation hin zur Elektromobilität weiter zu forcieren und den Parkdruck in den Quartieren weiter zu reduzieren. Im Kontext der Umsetzung der Fortschreibung des VEP befürworten wir die Beteiligung der Beiräte und Akteur:innen vor Ort, um Maßnahmen langfristig und nachhaltig mit größtmöglicher Zustimmung und Akzeptanz zu untermauern.</p>	<p>In den letzten Jahren fand in Bremen so gut wie kein Ausbau der Verkehrsinfrastruktur statt. Die wichtigsten Maßnahmen aus dem VEP, die eine deutliche Attraktivitätssteigerung des Umweltverbundes mit sich bringen würden, sind zwar schon seit Jahren als Idee vorhanden, wurden bisher jedoch nicht umgesetzt. Aus den beschlossenen Projekten müssen endlich abgeschlossene Maßnahmen werden. Denn die Stärkung des Umweltverbundes ist ein wichtiger Beitrag zur Verkehrswende und zum Klimaschutz. Daher sollten die Ziele aus dem VEP in ein Mobilitätsgesetz geschrieben und so in ihrer Verbindlichkeit erhöht werden. Vorherrschendes Ziel des Gesetzes ist es, Maßnahmen festzulegen, die Mobilität für alle Menschen ermöglicht. Es soll verstärkt die Bedürfnisse von Radfahrern, Bus- und Bahn Nutzern sowie Fußgängern berücksichtigen. Im Bereich des Radverkehrs sollen gefährliche Kreuzungen entschärft und umgebaut, der öffentliche Nahverkehr auch in den Außenbezirken ausgebaut werden oder mehr Tempo-30-Zonen entstehen. Ab 2030 sollen Busse und Bahnen emissionsfrei fahren.</p>	<p>Die Strategie und die Prioritätensetzung sind im Handlungskonzept des Verkehrsentwicklungsplans 2025 aus dem Jahr 2014 dargelegt. Die Umsetzung von Maßnahmen des VEP ist in der Teilfortschreibung des VEP im Bericht dargelegt. Die Umsetzung der Teilfortschreibung erfolgt vor allem im Rahmen der „Fastlane“ zur Verbesserung CO2-arter Mobilitätsangebote. Themen wie die autofreie Innenstadt, Parken, Ausbau des ÖPNV etc. wollen wir dabei parallel und mit Nachdruck umsetzen.</p>	<p>Auch für die Umsetzung der Verkehrswende werden jetzt mit dem Klimafonds notwendige Finanzierungsgrundlagen langfristig geschaffen. Priorität haben für uns die vorgesehenen Ausbaustufen des ÖPNV, um eine leistungsfähige und attraktive Alternative zum MIV zu schaffen. Als zusätzliches Element schlagen wir die Vergabe einer Konzeptstudie vor, wie eine metro-ähnliche Leistungsfähigkeit und Geschwindigkeit des ÖPNV ohne U-Bahn-Bau erreicht werden kann, so wie das z.B. verschiedene französische Kommunen mit guten Ergebnissen getan haben. Wichtig ist uns, nicht nur die Innenstadt in den Blick zu nehmen, sondern die Gesamtheit der Stadt, d.h. insbesondere die Verbindungen zwischen den wichtigsten Wohn- und Arbeitsgebieten. Wir befürworten das Konzept des kostenlosen ÖPNV, der durch Grund- und Gewerbesteuer gegenfinanziert wird, und wollen dafür auch die Bundesmittel zum Deutschlandticket verwenden.</p>	<p>Wir Freien Demokraten konnten die Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans nicht mittragen. Wir setzen uns für ein Ende der ideologischen Auseinandersetzungen in der Verkehrspolitik ein. Wir wollen, dass alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt behandelt und entsprechend gefördert werden. Hierbei muss die Innenstadt für alle erreichbar bleiben – auch für Autos.</p>

Frage 9 der IKHB:

Wir setzen uns für eine mittelstandsfreundliche Vergabestrategie bei Planungsleistungen ein. Bei zunehmenden ÖPP-/TÜ-/GÜ-/IPA-Verfahren kommen regionale, mittelständische Planungsbüros kaum noch zum Zug. Wie wollen Sie die regional tätigen, mittelständischen Planungsbüros unterstützen?

SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP
<p>Die SPD setzt sich für faire, vereinfachte, professionelle, digitale und nachhaltige Vergabeverfahren ein. Die Vergabeverfahren sollten aus Sicht der SPD so ausgerichtet sein, dass auch regionale, mittelständische Planungsbüros faire Chancen im Auswahlprozess haben. Dies kann beispielsweise durch möglichst niedrigschwellige und einheitliche Verfahren gewährleistet werden.</p>	<p>Die Vergabe öffentlicher Aufträge, insbesondere im Baubereich, verstehen wir auch als ein Mittel zur regionalen Wirtschaftsförderung. Wir werden daher darauf hinwirken, dass die bremischen Vergabestellen im Unterschwellenbereich von der Möglichkeit Gebrauch machen, Vorgaben zum Einzugsbereich oder zur Ausbildungsquote zu machen, bei beschränkten Ausschreibungen nur lokale Betriebe anzuschreiben, Lose kleiner zu schneiden und die eingegangenen Angebote selbst auf die langfristige Wirtschaftlichkeit zu prüfen, statt automatisch das preiswerteste Angebot zu wählen. Den Vergabeprozess selbst werden wir weiter konsequent zentralisieren und digitalisieren. Das Bremische Tariftreue- und Vergabegesetz wollen wir von vergabefremden Vorgaben entlasten und den Rechtsschutz für unterlegene Bieter im Unterschwellenbereich durch die Einführung einer Informations- und Wartepflicht verbessern. Wir setzen uns für eine Anhebung der bremischen Wertgrenzen für vereinfachte Vergabeverfahren ein.</p>	<p>Wir wollen im öffentlichen Bau und für Musterplanungen noch stärker von Planungswettbewerben Gebrauch machen und dabei ermöglichen, dass sich auch junge Planer*innen und kleine Planungsbüros beteiligen.</p>	<p>Die gegenwärtigen Ausschreibungsverfahren in Deutschland sind unzureichend geeignet für komplexe Aufträge, die zum Zeitpunkt der Ausschreibung noch gar nicht in allen Details absehbar sind. Das trifft auf viele Projekte der energetischen Sanierung zu. Die Entwicklung zu innovativen Ausschreibungsverfahren z.B. im Sinne der kooperativen Projektumsetzung oder der Auswahl nach Kompetenz wird in Deutschland noch wenig aufgegriffen und stößt auf enge Grenzen der VOB. Wir setzen uns dafür ein, die zentrale Vergabestelle auch dafür zu nutzen, die internationale Entwicklung aufzugreifen, soweit möglich innovative Verfahren zu integrieren und ggf. entsprechende Bundesratsinitiativen anzuregen, und dafür den Dialog mit mittelständischen Planungsbüros zu suchen. Generell setzen wir uns im Sinne der Mittelstandsförderung dafür ein, durch die Gestaltung entsprechender Lose dafür zu sorgen, dass regionale Büros zum Zug kommen können, und die Wertgrenzen kontinuierlich weiter anzuheben.</p>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Beschleunigung und Vereinfachung von Planungsverfahren ein, indem wir das Baurecht vereinfachen und Bürokratie abbauen. Hierdurch werden auch Planungsprozesse einfacher und schlanker, wodurch weniger häufig große Planungsbüros zum Zuge kommen müssen.</p>

Frage 10 der IKHB:

Auskömmliche Honorare sind notwendig für die Planung von nachhaltigen, gut gestalteten und funktionalen Bauwerken. Im Bund wird eine Novelle der HOAI erarbeitet. Dabei stehen Anpassungen der Leistungsbilder und der Honorare an. Wie werden Sie auskömmliche Honorare für Planungsleistungen absichern?

SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP
<p>Die SPD spricht sich klar für faire Berufsregeln und Honorarordnungen aus. Auf diese Weise ermöglichen wir Freien Berufen eine faire Vergütung der Leistungserbringung und stellen zeitgleich den Erhalt der Qualität von Planungsleistungen sicher. Die SPD hält auskömmliche Honorare für unerlässlich und hält den rein marktgetriebenen Preiswettbewerb auf Kosten der Honorare für schädlich.</p>	<p>Der Europäische Gerichtshof hat die verbindlichen Mindest- und Höchstgehälter der HOAI für unvereinbar mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie erklärt. Auch wenn es für Planungsleistungen keine verbindlichen Höchst- und Mindestsätze mehr geben wird, bleibt die HOAI eine verlässliche Grundlage für Architektur-, Stadtplanungs- und Ingenieurbüros. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass geprüft wird, inwiefern eine angemessene Honorierung von Planungsleistungen unter Berücksichtigung des Europarechts weiter sichergestellt und inwiefern Qualitätsstandards und Lebenszykluskosten im Vergaberecht stärker berücksichtigt werden können.</p>	<p>Die Gebührenordnungen für freie Berufe wollen wir in regelmäßigen Abständen überprüfen und an neue Anforderungen und die tatsächliche Kostenentwicklung anpassen. Die Gebührenhöhe soll die Erbringung unabhängiger, qualitativ hochwertiger Leistungen zu bezahlbaren Preisen sichern.</p>	<p>Die Novelle der HOAI sollte die veränderten Rahmenbedingungen aufgreifen und z.B. Leistungen im Bereich des nachhaltigen Bauens oder Planungsleistungen im Bestand angemessen abbilden. Wenn die neue HOAI weitere Öffnungsklauseln für eine detailliertere Bewertung solcher Leistungen enthalten sollte, wollen wir sie anwenden. Die HOAI soll weiterhin als Berechnungsgrundlage dienen, im Unterschwellenbereich sollen Konzeptkriterien gegenüber Preiskriterien gestärkt werden. Planungswettbewerbe wollen wir verstärkt einsetzen. Dass Angebote nicht mehr bereits deshalb ausgeschlossen werden können, weil sie HOAI-Mindestsätze unterschreiten, erfordert eine genauere Leistungsvorgabe und, wo möglich, die Bewertung auch nach Kompetenzen und bisherigen Referenzprojekten.</p>	<p>Die Honorierung der Planungsleistungen kann auf Grundlage der HOAI erfolgen, entweder durch Stundensatz oder Tabelle. Mit der Novelle sollten die Honorare abgesichert sein.</p>